

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesa.
Jahrgang Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulasse Riesa Nr. 32.

Nr. 40.

Mittwoch, 17. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demöglicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nihlemann, Riesa; für Anzeigenstellerei: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Ein schlechtes Gewissen.

In Polnisch-Oberschlesien wütet die Behörde nach allem, was deutsch ist, in Warschau tobt eine wildgewordene Presse um die Gleichstellung des polnischen Staats mit Deutschland. Das ist ein wertvolles Instrument. Es wäre durchaus falsch, wenn man glauben würde, daß nur allein die französischen Einkäuferungen die Herren in Warschau dazu getrieben haben, nun plötzlich mit einer erhabenen Energie sich für ein Ziel einzusetzen, das gewiß sehr sympathisch ist, aber doch im Grunde genommen dem polnischen Staat keine allzu sichtbaren Vorteile bringt. Genau so falsch wäre es, zu glauben, daß das Vorgehen der polnischen Behörden gegen den deutschen Volksbund etwa auf Vorwissen beruht, die sich gegen die Sicherheit des Staates richten. Das Zusammenreffen dieser polnischen Aktivität in zwei Richtungen hin gibt Vermutungen Raum, die blühend die ganze Situation in Polen erschließen dürften.

Warschau hat ein schlechtes Gewissen. Die Politik der Regierung in der Frage des Minderheitenrechtes hat Ergebnisse gebracht, die gerade das Gegenteil erreichten, was man beabsichtigte. In der Anfangszeit des polnischen Reichens hatte man sich nicht genug um können an Verbesserungen und Prophezeiungen über eine glückliche Zukunft, der alle Minderheiten entgegenstellten, die der Staatsautorität Warschau unterworfen seien. Was hat man nicht alles den Oberschlesien versprochen? Die Industrie des Gebietes sollte eine ungeahnte Belebung erhalten, der Produktion und dem Export sollten neue Mittel zugeführt werden, die komplizierte Organisation des Gebietes sollte bleiben, wie sie unter dem glücklichen Regime Deutschlands war. Was ist von diesen Versprechungen übrig geblieben? Nichts, aber rein nichts. In dem verhältnismäßig kleinen Gebietsteil schreien über 100 000 Arbeitslose nach Brot; Steuern über Steuern würgen sie zu einer Last, die kaum noch zu ertragen ist. Eine Sozialversicherung nach deutschem Muster steht vollständig still. Hilflos in ihrer Not, dem Elend preisgegeben, richtet die Regierung ihre Bitten nach Warschau. Und Warschau schweigt. Der Seim hat keine Zeit für Oberschlesien. Deeresvorlagen über Deeresvorlagen, Maßnahmen über Maßnahmen beschäftigen sein Interesse. Beizeitzeit kämpft der polnische Finanzminister um die Annahme einiger Reformpläne, die etwas mehr Ordnung in die zerrütteten Geldverhältnisse des Landes bringen sollen. Aber die nationalen Parteien in ihrem Größenwahn, blind für die elementarsten Bedürfnisse des Landes, haben nur Stun und Verstand für Dinge, die der gewünschten Wahrungspolitik ein pompöses militärisches Mantelchen umhängen können. Diese Ablehnung, die Warschau allen Wünschen der ausgesprochenen Bevölkerung der ehemaligen Reichsgebiete entgegenstellt, hat ihre Wirkung getan. In Oberschlesien, in Polen, überall in den Grenzgebieten des Staates fühlt man sich belogen und betrogen. Diese Welle der Erbitterung hat nicht nur die deutschen Minderheiten erfasst, sie ist auch tief in die Kreise hineingedrungen, die ausgesprochen polnisch sind. Ein Beispiel mag dies erläutern: Vor einiger Zeit ordnete die polnische Regierung eine Volkszählung an, die über die Witterprache und die Nationalität der Bevölkerung der schlesischen Provinz Aufschluß geben sollte. Die Bewohner des Landes sahen aber diese Volkszählung als eine neue Abkürzung auf. Die Propaganda, die das kommende Ereignis begleitete, nahm einen Charakter an, der die polnische Regierung das Schlimmste befürchtete. Das Ergebnis war vorauszusagen. Um nun etwaigen außenpolitischen Forderungen aus dem Wege zu gehen, die durch ein solches Abkürzungsergebnis hätten eintreten können, ordnete Warschau in letzter Minute an, daß die Volkszählung nicht durchgeführt werden soll. Dieser letzte Warschauer Befehl kam aber zu spät, daß er in dem Ort Radzionka erst am Tage nach der dort durchgeführten Volkszählung eintraf. Und das Ergebnis der dortigen Volkszählung: Es wählten dort, also in einem Ort mit ausgesprochen polnischer Bevölkerung, in dem sich auf Grund der Ausweisungen überhaupt keine Deutschen mehr befanden, mehr als 75 Prozent der Einwohner polnisch, das heißt mit anderen Worten: der überwiegende Teil der polnischen Bevölkerung sprach sich für Deutschland aus. Diese Tatsache der wahren Meinung des Volkes wird in Warschau ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Zu deutlich gab sie kund, daß nicht nur der Volkswille sich gegen ein Verbleiben im polnischen Staat aussprach, sondern daß auch die Herrschaft der Wirtschaft und das Elend in der Bevölkerung eine Stimmung geschaffen haben, die Autorität und Existenz des Staatswesens ernstlich bedrohen.

Polen ist Mitglied des Völkerbundes. Und dieser Völkerbund hat es sich als wichtigste Aufgabe gesetzt, die Minderheiten zu beschützen und alles zu tun, das Los fremder Nationalitäten in fremden Volkskörpern zu erleichtern. Das ist ein Problem, das aus dem inneren Herzen des Völkerbundes erwacht. Was sollen nun die polnischen Vertreter den Herren in Genf sagen, wenn Not und Elend der Minderheiten im polnischen Staat den Völkerbund dazu geführt haben, sich mit den Protesten der verarmtesten Bevölkerung zu beschäftigen? Wirtschaftlich sind alle diese Gebiete durch polnische Regierungskräfte bis auf den Grund zerstört. Und der Wille der Bevölkerung spricht sich für ein Ausscheiden aus dem Warschauer Staatsverband aus. Wirklich zwei Momente, die sich nicht all zu empfehlend für die polnischen Wünsche aussprechen. Warschau hat ein schlechtes Gewissen. Es ist verständlich, daß es nun alles daran setzt, Gefährdungen zu beseitigen, die die Sicherheit seines politischen Handelns dokumentieren könnten. Ein solch drohendes Gefährdungsmoment ist der Eintritt Deutsch-

lands in den Völkerbund, ist die Tatsache, daß die deutsche Regierung als Staatsmitglied über alle Dinge, mit denen sich der Völkerbund zu beschäftigen hat, mitzusprechen und mitzuarbeiten hat. Man ist sich in Warschau vollständig bewußt, daß Deutschland sich auf das Energischste und Nachdrücklichste aller Minderheitenfragen annehmen wird. Das Reich selbst hat durch die Art und Weise, wie es die nationalen Minderheiten in seinen Grenzen schützt und ihnen jede Pflege und Unterstützung angedeihen läßt, der Welt ein Beispiel gegeben, das seinen Eindruck und seine Wirkung nicht verfehlt wird. Der Einfluß, den Deutschland auf die weitere Gestaltung der Minderheitenfrage ausüben wird, wird dem polnischen Standpunkt in der gleichen Frage naturgemäß keine allzu große Sympathie entgegenbringen. Ob die Vermehrung der Nationalität all diese Befürchtungen Warschau beseitigen wird, ist allerdings eine große Frage. Polen hofft es. Wir in Deutschland haben jedoch gar keinen Anlaß, uns irgendwie mit diesen polnischen Gedankenengängen zu befassen. Erstens haben wir die Zusicherung, daß Polen nicht Mitglied des Völkerbundes wird und zweitens sollten wir wirklich in dieser Zusicherung betrogen werden, dieser Betrag wird uns nie davon abhalten, nach wie vor mit allem Nachdruck unseren Standpunkt, der den Schutz der Minderheiten in sich schließt, zu vertreten.

Das erste Todesopfer in Oberschlesien.

Das unglaubliche und unerhörte Vorgehen der polnischen Vorgesetzten in Oberschlesien hat bereits sein erstes Todesopfer gefordert. Der verheiratete 62-jährige Berginspektor Lamprecht wurde am Montag früh in seiner Zelle tot aufgefunden. Bis jetzt konnte man allerdings nicht feststellen, ob dieser Tod durch eine äußerliche Gewalttat oder durch einen Versschlag erfolgte, von der eingekerkerte Deutsche infolge der Aufregungen der letzten Tage erlitt. Bezeichnend jedoch für das polnische System ist es, daß die Behörden in ihrer Beschränkung der Öffentlichkeit mitteilten, der 62-jährige Lamprecht hätte sich in seiner Zelle erhängt. Diese Behauptung ist eine schamlose Lüge, die sofort von der Bevölkerung auch als eine solche erkannt wurde. Der Verstorbenen war bekannt als ein Mann, der sich um die politischen Dinge wenig bekümmerte und stets seinen Pflichten als polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität loyal nachkam. Sein einziges Verbrechen war vielleicht, daß er sich als Deutscher stets bekannte. Von all den Gründen und von all dem belastenden Material, das die polnischen Vorgesetzten gesammelt hatten, um eine Schuld des deutschen Berginspektors zu konstruieren, ist auch nicht das Geringste übrig geblieben. Wenn auch nur ein Tüpfelchen eines Beweises der Schuld Lamprechts erbracht worden wäre, die polnische Regierung hätte sicherlich nicht verfehlt, diesen Schuldbeweis mit den dazugehörigen Unterlagen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Es ist begreiflich, daß der Tod Lamprechts in der Bevölkerung eine ungeheure Erregung ausgelöst hat. Mit Recht verlangt die Öffentlichkeit dringend, daß sich die durch den Genfer Vertrag zuständige gemischte Kommission sofort mit den unerhörten, brutalen Maßnahmen der polnischen Behörden beschäftigt. Ist es nicht auch eine selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung, durch ihre diplomatischen Vertreter in Warschau vorstellig zu werden? Gegen den Terror in dem früheren österreichischen Südtirol hat der deutsche Außenminister schöne Worte zu sprechen gewußt. Hier in Oberschlesien handelt es sich aber nicht nur um Menschen deutscher Nationalität, sondern auch um frühere Reichsbürger. Doppelte Pflicht der Berliner Regierung ist es daher, mit derselben Energie für das Recht der oberschlesischen Deutschen einzutreten, mit der sie sich der Justiz in Südtirol angenommen hat. Wir hoffen, daß dieser Appell in Berlin nicht ungehört bleiben wird.

Drummond reißt heute von Berlin ab.

*) Berlin. Wie verlautet, sind die Besprechungen des Generalsekretärs des Völkerbundes Sir Eric Drummond mit den verschiedenen Stellen der Reichsregierung über die formellen Fragen, die mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zusammenhängen, soweit gediehen, daß die heutigen Abschlusshandlungen nur noch von kurzer Dauer sein werden. Sir Eric Drummond werde heute abend Berlin verlassen, um nach Genf zurückzukehren.

Unterredung mit Drummond.

Berlin. (Funkpruch.) Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der heute abend Berlin verläßt, äußerte sich einem Vertreter der B.Z. gegenüber, er glaube, daß Deutschlands Bedenken wegen den in den letzten Tagen entstandenen Streit mit der Ratsfrage durch die Weisungen Londons und der Pariser Regierungspresse reiflos zerstreut sein dürften. Deutschland könne auf volle Kohäsität rechnen, daß es auch auf die unparteiische Erfüllung seiner Ansprüche in der Völkerbundsorganisation selbst rechnen dürfe, verleihe sich bei der internationalen Natur des Völkerbundes gleichfalls von selbst.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister.

*) Berlin. Auf Einladung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache mit den Vertretern der Arbeitnehmervereinigungen statt. Dr. Curtius betonte, daß er größten Wert auf eine dauernde Fühlungnahme mit den Gewerkschaften und auf die Herstellung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses lege. Er ging dann näher auf die großen schwebenden Fragen, wie z. B. das russische Geschäft,

die schwere Lage der Ruhrkohlenindustrie, dem Wohnungsbau und die Frage der Schaffung einer Exportkreditversicherung zur Belebung der Wirtschaft ein. Der Minister kündigte eine Denkschrift der Regierung an, die sich mit den einzelnen aufgeworfenen Problemen beschäftigen wird.

Ueber Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung.

*) Berlin. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages begründete am Dienstag Arbeitsminister Dr. Brauns den Regierungsvorschlag, wonach die Erwerbslosen-Unterstützung für alleinstehende Ledige um 10 Prozent erhöht werden soll.

Die Demokraten und das Zentrum hatten Anträge eingebracht, wonach die Sätze für die Hauptunterstützungsempfänger um 10 Prozent und für alleinstehende Jugendliche unter 21 Jahren um 20 Prozent erhöht werden sollten. Nach sehr eingehender Aussprache wurden diese Anträge angenommen, dagegen Anträge auf Begrenzung der Höchstätze auf 75 Prozent des Lohnes sowie weitere Anträge auf Erhöhung der Höchstätze abgelehnt. Die Beschlüsse müssen zunächst noch an den Haushaltsausschuss gehen, zur finanziellen Nachprüfung. Mehrfach griff der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in die Aussprache ein. Er versprach u. a. eine Prüfung der Frage, wie den andauernden Erwerbslosen durch eine einmalige Zuwendung geholfen werden kann.

Die Finanzminister-Konferenz verschoben.

Berlin. (Funkpruch.) Die Besprechung der Finanzminister der Länder mit dem Reichsfinanzminister, die ursprünglich am Freitag, den 19. Februar stattfinden sollte, ist auf Mittwoch, den 21. Februar, verschoben worden.

Die Agrarfrage.

*) Berlin. Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde am Dienstag die Beratung der Agrarfrage fortgesetzt. Nachdem Staatssekretär Gagedorn eingehend den Entwurf zur Aufrechterhaltung der Reichsgetreidebestände begründet hatte, verbreitete sich Abg. v. Demin (Dnt.) über die Notlage der Landwirtschaft. Selbsthilfe als Ausfluß freier Wirtschaft habe die freie Wirtschaft zur Voraussetzung. Eine solche müsse sich aber auch auf den Abfall der Produkte erstrecken. Tatsächlich bestimme aber heute kein Landwirt seinen Preis. Der Rechner kritisierte die Handelsvertragspolitik und betonte, daß heute von Seiten des Reiches 20 bis 25 Millionen dringend nötig seien, um den Kartoffeln verarbeitenden Industrien die weitere Fortführung der Betriebe zu ermöglichen. Der Betriebedarmt werde durch die Spekulation zu ungunsten der Landwirte beeinflusst. Die größte Schwierigkeit schiene in der Dauer der Reichsgetreidebestände zu liegen; eine Steigerung des Roggenkonsums wäre auf dem Wege der betreffenden Vorlage nicht zu erreichen. Kein Landwirt wünsche den Übergang zur extensiven Wirtschaft. Vor allen Dingen müsse der Staat für eine Stabilisierung der Preise sorgen. Es sei Aufgabe des Reiches, den Auswüchsen beizukommen, die ohne innere Berechtigung Preischwankungen herbeiführten. Die Frage eines Einfuhrmonopols dürfe man nicht parteipolitisch behandeln.

Zur Erörterung der Fragen des Abjages landwirtschaftlicher Produkte und des Kredits für den gewerblichen Mittelstand wurden besondere Unterausschüsse eingesetzt.

Die Luftfahrtverhandlungen.

*) Berlin. Ueber die Luftfahrtverhandlungen in Paris wird eine Meldung verbreitet, wonach Deutschland den Fortbestand der Kontrolle über die deutsche Luftfahrt zugesprochen habe und die Postfachverträge mit Frankreich insofern mit dem Antrag Frankreichs befaßt werde; die bisherigen Beschränkungen der deutschen Luftfahrt außer Kraft zu setzen, aber die dauernde Ueberwachung einzuführen. Diese Meldung wird von zuständiger Stelle als falsch bezeichnet, da das Ziel der Verhandlungen in Paris nicht nur die Aufhebung der Beschränkungen, sondern auch die Beseitigung der Kontrolle ist.

Der Bahnhof Eger.

*) Berlin. Wegen Abtretung des Bahnhofes Eger an die Tschechen stehen, wie wir hören, Verhandlungen bevor.

*) Berlin. Nach einer Meldung des Wilsener Tageblattes sollen die Verhandlungen, die die tschechische Eisenbahnverwaltung mit der Verwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft wegen des Bahnhofes Eger führt, vor dem Abschluss stehen. Das Abkommen soll dahin lauten, daß die Reichsbahnverwaltung der tschechischen Eisenbahnverwaltung den Bahnhof Eger überläßt, worauf sie den Bahnhof Furtb im Walde und außerdem einen Betrag von 32 Millionen Kronen erhalten soll. Die Tschechoslowakei ist auch bereit, weitere drei Millionen Kronen mehr zu zahlen, wenn ihr die Besorgung des lokalen Verkehrs von Eger nach Deutschland eingeräumt würde. Auf diese Weise würden über tausend deutsche Eisenbahner Eger zu verlassen haben und an ihre Stelle würden ebensoviele tschechische Eisenbahner treten, wodurch die Tschechisierung der Stadt Eger beschleunigt würde.